

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Liechtenstein im Europarat – Ein Gewinn für Europa

Rege aussenpolitische Aktivitäten Liechtensteins im Europarat – Regierungschef Hans Brunhart in Strassburg – Parlamentarische Versammlung

«Liechtenstein im Europarat ist ein Gewinn für Europa, Gewinn aber auch für Liechtenstein», meinte der frühere Generalsekretär des Europarates, der Österreicher Dr. Franz Karasek, als der Beitritt unseres Landes zum Europarat im Jahre 1978 unter Dach und Fach gebracht worden war. Heute, bald zehn Jahre danach, steht Liechtenstein durch die Übernahme des Vorsizes im Ministerkomitee des Europarates für ein halbes Jahr verstärkt im Rampenlicht der europäischen Öffentlichkeit, lassen sich somit die Gewinne für Europa und für Liechtenstein besser als zuvor beurteilen.

Für die einzelnen Mitgliedstaaten des Europarates, dem das Fürstentum Liechtenstein als 21. europäisches Land beigetreten ist, stellt die Übernahme des Vorsizes im Ministerkomitee im Turnus von sechs Monaten keine besondere Auszeichnung mehr dar. Für unser Land jedoch, das den Schritt zur Vollmitgliedschaft im Europarat erst wagte, als der Europarat bereits sein 30jähriges Bestehen feierte, ist die erstmalige Übernahme des Vorsizes im Ministerkomitee von besonderer Bedeutung. Das kleine Land, gegen dessen Beitritt noch einige Skeptiker aufgrund der geringen Masse des Staates opponiert hatten, steht damit plötzlich an vorderster Front – verbunden mit einiger Publizität auch in anderen europäischen Staaten.

Kontakte mit anderen Staaten

«Der Europarat ist eine wichtige Plattform der Begegnung, eine Tribüne für den Dialog des demokratischen Europa.» Diese Worte des früheren Generalsekretärs Karasek werden vom Ständigen Vertreter unseres Landes beim Europarat in Strassburg, Prinz Nikolaus, weitgehend geteilt, der nach einigen Jahren Erfahrung schrieb, die Haupttätigkeitsbereiche des Europarates seien auch diejenigen, in denen Liechtenstein auf europäischer Ebene am nutzbringendsten mitarbeiten könne: «Die Mitgliedschaft bedeutet so-

mit nicht nur die Bestätigung der Souveränität durch die anderen Mitgliedstaaten und die Organisation, sondern es wird gleichzeitig ein Zeugnis für den rechtsstaatlichen und demokratischen Aufbau des beigetretenen Landes ausgestellt. Gerade für einen Kleinstaat kann diese qualifizierte Bestätigung langfristig von Vorteil sein. Daneben erhöht die Mitgliedschaft im Europarat und die damit verbundene Errichtung einer weiteren Ausenvertretung unseres Landes ganz allgemein die Fähigkeit, mit anderen Staaten und internationalen Organisationen zu verkehren, was ebenfalls seine ausenpolitische Aktionsfähigkeit unterstreicht.»

Antwort auf europäische Fragen

Seit einigen Tagen beraten die Parlamentarier aus den 21 Mitgliedstaaten des Europarates im Rahmen ihrer ordentlichen Session in Strassburg. Auch die liechtensteinischen Abgeordneten sind bei dieser Session mit dabei, ebenso Regierungschef Hans Brunhart, der heute Dienstag als Vorsitzender des Ministerkomitees die aus den Parlamentarierreihen gestellten Fragen in einer öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Ver-

sammlung zu beantworten hat. Seit der Übernahme des Vorsizes an der KSZE-Konferenz in Helsinki durch den damaligen Regierungschef Dr. Walter Kieber hat es, wie Brunhart vor einigen Tagen am Pressegespräch ausführte, nichts Vergleichbares auf europäischer und internationaler Ebene mehr gegeben.

Die kleine liechtensteinische Delegation in Strassburg nutzt denn auch die Gunst der Stunde, sich positiv bei den übrigen Mitgliedsländern des Europarates in Erinnerung zu rufen. Die Einladung zu gesellschaftlichen Anlässen wird unterstrichen durch eine Ausstellung Liechtensteins im Foyer des Europaratsgebäudes in Strassburg. Die Betreuung ausländischer Medienvertreter soll für eine ausgewogene Berichterstattung behilflich sein.

Europapolitik – und UNO-Beitritt?

Die Aussenpolitik unseres Landes hat sich vor zehn Jahren auf die verstärkte Präsenz in Europa, in den massgeblichen europäischen Gremien – soweit es die Nichtmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zulässt – ausgerichtet. Da-

mals war Abstand genommen worden von Vorstellungen, unser Land der UNO beitreten zu lassen. Doch in der Zwischenzeit hat sich die Situation verändert, die Frage des UNO-Beitritts wird immer drängender, während auf der anderen Seite der Europarat mit bekannten europäischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und längerfristig angesichts der integrationspolitischen Bestrebungen der EG um seine Existenzberechtigung zu bangen beginnt.

Über die Dynamik der EG und die Zukunft des Europarates hat sich auch Prinz Nikolaus Gedanken gemacht. Der Ständige Vertreter unseres Landes in Strassburg vertritt die Auffassung, dass «mittels einer klugen Politik und einer hohen Flexibilität, die nicht zuletzt ein modernes Management verlangt», der Europarat auch weiterhin einen bedeutenden Platz in der europäischen Zusammenarbeit behalten könne. Dem Europarat kommt nach seinen Worten eine «wichtige Brückenfunktion» zu, solange nicht alle europäischen Staaten in die Europäische Gemeinschaft integriert sind. (G.M.)

KOMMENTAR

Seit ungefähr fünfzehn Jahren gilt über eine Regierungsverordnung und die begleitenden Absichtserklärungen eine Drittelsbegrenzung für die Zahl der Ausländer in unserem Land. Der Gesamtbestand der ausländischen Jahresaufenthalter und Niedergelassenen, ohne Einrechnung der Saisonaufenthalter, sollte gemäss dieser Festlegung zahlenmässig einen Drittel der Gesamtbevölkerung nicht übersteigen. Die Absichtserklärungen, schon abgegeben unter der Regierung Brunhart, sind freilich Absichtserklärungen geblieben. Die Ziel-

Verschobenes Fundament

setzung wurde noch nie erreicht, obwohl in der Zwischenzeit mit Einbürgerungen und der Verwirklichung des Postulates «Liechtensteinerin bleiben» ein Teil der hierzulande wohlhabenden ausländischen Staatsangehörigen zu liechtensteinischen Staatsbürgern wurden.

Und nun hat die Regierung, gemäss ihrem Versprechen bei der Verwirklichung der erleichterten Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter diese Drittelsbegrenzung herabgesetzt. Die Höchstgrenze liegt nun neuerdings bei 32,2 Prozent, eine Marke, nach der sich künftig die Regierung bei ihrer Zulassungspolitik zu orientieren hat.

Auf eine nicht eingehaltene Absichtserklärung folgt eine neue Absichtserklärung, die mit grosser Wahrscheinlichkeit genauso wenig eingehalten werden kann. Zumindest solange unsere Wirtschaft immer mehr und immer neue Arbeitskräfte braucht, dürfte sich an diesem Tatbestand nichts ändern, dürfte die Herabsetzung der Drittelsbegrenzung eine reine Papieraktion bleiben.

Das Fundament für die Realisierung der neuen Höchstmarke scheint nicht nur schwach zu sein, sondern überhaupt nicht vorhanden. Wie will man einen Höchstanteil von 32,3 Prozent verwirklichen, wenn nicht einmal die seit fünfzehn Jahren festgelegte Drittelsbegrenzung eingehalten werden kann? Die Herabsetzung der Drittelsbegrenzung gleicht einer Renovation, bei der die Fundamente verschoben sind, also nicht auf das Bestehende aufgebaut werden kann.

Da immer dieser Drittelsbegrenzung nachgelaufen wird, müsste man sich ehrlicherweise eingestehen, dass diese Politik gescheitert ist. Allerdings wusste man schon zu Beginn der siebziger Jahre, dass eine rein zahlenmässige Beschränkung der Ausländerzahl keine Ausländerpolitik ist. Doch damals war man nicht bereit, dies einzugestehen, und heute scheint man noch weiter davon entfernt. (G.M.)

Vor einem Jahr Start ins Erdgas-Zeitalter

Die Arbeiten für den Anschluss öffentlicher Gebäude im Lande gehen zügig voran

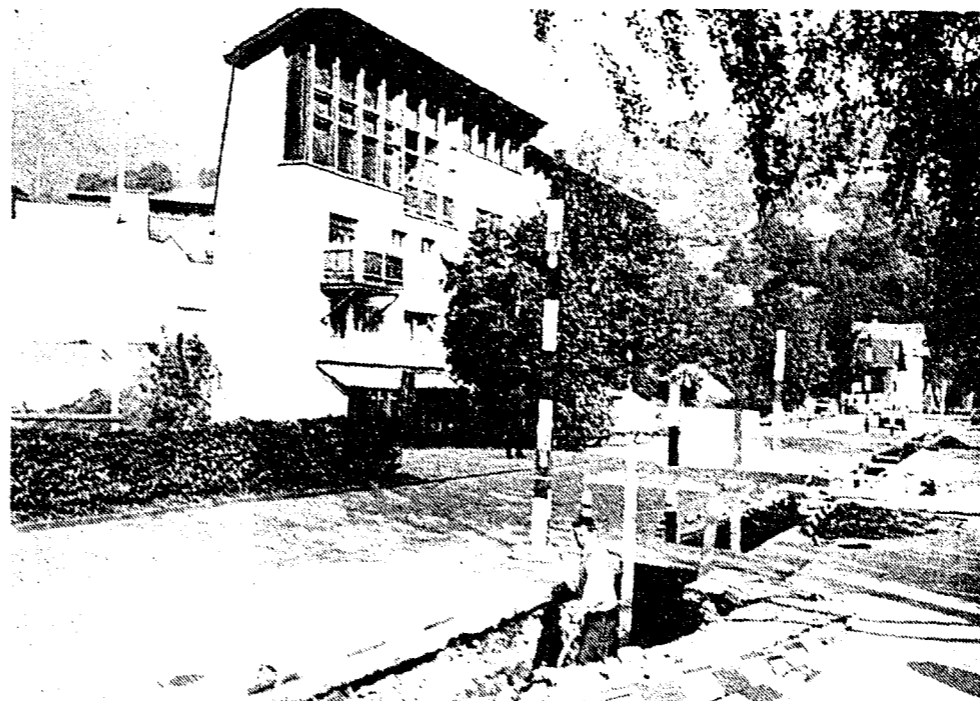
Im Oktober 1985 trat in Liechtenstein das Gesetz über die Erdgasversorgung in Kraft und nur ein Jahr später, im Oktober des Vorjahres, erfolgte mit dem Anschluss des ersten Betriebes (Hilcona AG, Schaan) der Beginn des Erdgas-Zeitalters in Liechtenstein. Derzeit schreiten die Arbeiten für den Anschluss weiterer öffentlicher Gebäude zügig voran. Noch in der bevorstehenden Heizperiode 1987/88 soll so beispielsweise das Gemeindezentrum Triesen sowie das Schul-, Sport- und Freizeitzentrum Resch in Schaan angeschlossen werden.

In Triesen sind mittlerweile bereits die Leitungen in der Elastinstrasse bis vor dem Gemeindezentrum eingelegt. Von hier aus sollen in absehbarer Zukunft die Leitungen zum Siedlungsgebiet Unterfeld sowie zu Hallenbad, Schule, Sporthalle und Betreuungszentrum St. Mamertus gelegt werden. Noch diesen Winter soll das Triesener Gemeindezentrum mit Erdgas geheizt werden. Als erstes Gemeindezentrum unseres Landes an das Erdgasnetz angeschlossen ist seit mehreren Monaten bereits jenes von Balzers.

Ebenfalls noch in der Heizperiode 1987/88 soll das gesamte Schul-, Sport- und Freizeitzentrum Resch in Schaan mit Erdgas geheizt werden. In Schaan, wo bereits das neue Sportplatzgebäude an-

das Erdgasnetz angeschlossen ist, sind derzeit im Bereich Feldkircherstrasse die Arbeiten im Gange, die entsprechenden Leitungsrohre von der Firma Hilcona AG

zum Resch zu verlegen. Entlang dieser Leitung (Feldkircherstrasse Im Kresta) können dann auch private Häuser ans Netz angeschlossen werden.



In Triesen sind die Erdgas-Leitungen bis vor dem Gemeindezentrum eingelegt. Noch in der Heizperiode 1987/88 soll das Triesener Gemeindezentrum und ebenfalls das Reschzentrum in Schaan auf Erdgas umgestellt werden. (Bild: B. Schurte)

Steuerbefreiung durch Katalysator-Nachrüstung

Regierung hält an der Schaffung von Anreizen zur Kat-Nachrüstung von Motorfahrzeugen fest

(paff) – Seit 1985 sind in Liechtenstein alle abgasarmen Motorfahrzeuge, deren Schadstoffausstoss die Grenzwerte gemäss den US-83-Vorschriften nicht überschreitet, bis Ende 1989 von der Motorfahrzeugsteuer befreit. In den Genuss dieser Steuerbefreiung kamen bisher in der Regel nur Motorfahrzeuge, die für den Betrieb mit einem geregelten Dreiweg-Katalysator und Lambdasonde zugelassen sind. Künftig sollen nun auch die mit einem nichtgeregelten Dreiweg-Katalysator nachgerüsteten Motorfahrzeuge unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls bis Ende 1989 von der Motorfahrzeugsteuer befreit werden, auch wenn diese die US-83-Vorschriften nicht ganz erfüllen.

Die von der Regierung zuhanden des Landtages verabschiedete Vorlage mit der entsprechenden Abänderung des Steuergesetzes sieht im weiteren auch eine Steuerbefreiung von Motorfahrzeugen mit einer Nutzlast von mehr als 760 kg oder mehr als 9 Sitzplätzen (bis zu einem

Gesamtgewicht von 3500 kg) vor, sofern diese die US-83-Vorschriften erfüllen.

Förderung der Nachrüstung

Die Regierung hat bereits in ihrem Bericht und Antrag von den Landtag betreffend die Förderung der Anschaffung von abgasarmen Motorfahrzeugen im April 1985 darauf hingewiesen, dass die Frage der Förderung des Nachrüstens von Motorfahrzeugen mit einem Katalysator geprüft werde. Die zwischenzeitlich durchgeführten Erhebungen haben ergeben, dass in Liechtenstein rund 2500 Personenwagen mit einem Katalysator nachgerüstet werden könnten. Sofern sämtliche 2500 Personenwagen bis zum Jahre 1990 mit einem Dreiweg-Katalysator ausgerüstet würden, wäre mit einer Schadstoffreduktion von ca. 110 000 kg pro Jahr (Stickstoffoxide, Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxid) zu rechnen. Dies entspricht ca. 6 Prozent der Gesamtbelastung der Luft durch den Verkehr mit Personenwagen. Die aufgrund von Schät-

zungen errechnete Emission der Schadstoffe von sämtlichen Personenwagen beträgt im Jahre 1990 ca. 1,8 Millionen Kilogramm.

Grenzwerte nicht ganz erreicht

Auch wenn davon auszugehen ist, dass trotz Steuerbefreiung nur ein Teil dieser 2500 Personenwagen nachgerüstet wird, erachtet die Regierung die beim Landtag beantragte Steuerbefreiung für Personenwagen, welche mit einem Dreiweg-Katalysator nachgerüstet werden, als eine sinnvolle Massnahme im Kampf gegen die zunehmende Luftverschmutzung. In diesem Zusammenhang muss allerdings beachtet werden, dass Motorfahrzeuge, auch wenn sie mit einem Dreiweg-Katalysator nachgerüstet werden, die Grenzwerte gemäss US-83-Norm nicht ganz erreichen. Diese Grenzwerte können heute lediglich von Dreiweg-Katalysatoren mit Lambdasonde, sogenannten geregelten Katalysatoren, erreicht werden. Nach-

(Fortsetzung auf Seite 2)

302 Personen eingebürgert

Von der Möglichkeit, sich als ausländische Kinder einer liechtensteinischen Mutter im erleichterten Verfahren einbürgern zu lassen, haben bisher 302 Personen Gebrauch gemacht. Nach einer vom Presseamt herausgegebenen Statistik besaßen davon 176 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, 61 stammten aus der Bundesrepublik Deutschland, 40 aus Italien, 23 aus der Schweiz und 2 aus Jugoslawien.

Diese 302 Personen besitzen nun nach der Einbürgerung folgende Heimatbürgerschaften: 43 von Vaduz, 39 von Triesen, 46 von Balzers, 19 von Triesenberg, 57 von Schaan, 2 von Planken, 37 von Eschen, 40 von Mauren, 3 von Gamprin, 10 von Ruggell und 6 von Schellenberg.

LISTA-Einrichtungen für Büro, Lager und Betrieb



Aubert tritt zurück

Bern (AP) Der Schweizer Bundespräsident Pierre Aubert tritt nach zehnjähriger Tätigkeit als Aussenminister auf Ende Jahr aus der Landesregierung zurück. Bereits 1983 habe er unwiderruflich beschlossen, sich auf Ende der laufenden Legislaturperiode nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen, erklärte Aubert am Montag vor der Bundeshauspresse. Er verlässe sein Amt «erhobenen Kopfes» und im Bewusstsein, seinem Nachfolger eine Aussenpolitik der Öffnung und Menschlichkeit zu hinterlassen. (Vgl. Seite «Zeitgeschehen»)

LEICHTER MEHR LEISTEN

MODERN OFFICE

Modern Office AG
im BBB-Center
FL-9495 Triesen
Tel. 075 / 2 05 05